

Einige Gedanken zu der Frage: "Wie ist die schweigende Mehrheit der Kriegsgegner zu mobilisieren, damit sie wieder für die Erhaltung des bedrohten Weltfriedens demonstriert?"

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 007/12 – 08.01.12**

Was ist zu tun, damit die vielen Kriegsgegner in der Bundesrepublik Deutschland für den bedrohten Weltfrieden auch wieder auf die Straße gehen?

Seit Jahren lehnt eine deutliche Mehrheit der fast 82 Millionen Einwohner der Bundesrepublik Deutschland den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab, aber höchstens einige Tausend sind bereit, ihre Antikriegshaltung auch durch die Teilnahme an Demonstrationen und öffentlichen Protesten zu bekunden.

Warum sind gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21, die Atommüll-Transporte oder den Lärm ziviler Verkehrsflugzeuge über Rheinhessen immer wieder deutlich mehr Menschen zu mobilisieren?

Kriege in fernen Ländern, in denen auch wieder deutsche Soldaten zu Tode kommen, bereiten zwar Unbehagen, die Deutschen beginnen sich aber erst zu wehren, wenn sie sich persönlich belästigt, geschädigt oder bedroht fühlen.

Die großen Demonstrationen in den 1980er Jahren, bei denen Hunderttausende gegen die – maßgeblich von SPD-Kanzler Helmut Schmidt initiierte – NATO-Nachrüstung protestierten, kamen nur zustande, weil es der Friedensbewegung gelungen war, die Europäer und besonders die Deutschen über die Gefahr eines neuen Weltkrieges aufzuklären, dessen Hauptschlachtfeld die damals noch nicht vereinten beiden deutschen Staaten gewesen wären. (Weitere Infos über den so genannten "NATO-Doppelbeschluss" und die Proteste dagegen sind nachzulesen unter <http://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Doppelbeschluss> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung> .)

Die Demonstrationen richteten sich nicht nur gegen die damals noch in Bonn residierende Bundesregierung, sie fanden auch vor den Kommandozentralen der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und an den Standorten für die neuen US-Mittelstreckenraketen statt. Im Bonner Hofgarten wurde gegen die Komplizenschaft der Bundesregierung, in Stuttgart und Ramstein vor US-Hauptquartieren, in Hasselbach im Hunsrück gegen die Cruise Missiles und in Mutlangen gegen die Pershing II protestiert.

Die Kriegstreiberei der USA und der NATO und die Rolle der Bundesrepublik als US-Flugzeugträger und US-Aufmarschgebiet waren die zentralen Themen der westdeutschen Friedensbewegung, die damals zwei tragende Säulen hatte: die zahlreichen lokalen Friedensinitiativen und -Komitees und zentrale Koordinationsgremien wie das Kölner Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit / KOFAZ und die Initiative Krefelder Appell (s. <http://www.udo-leuschner.de/nachruetzung/text2.htm>).

Die kurze Phase scheinbarer Entspannung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Vertrages nutzten die USA, um ihr Herrschaftsinstrument NATO bis weit in den ehemaligen "Ostblock" hinein auszudehnen. Die neokonservativen Dunkelmänner, die hinter den Kulissen die Politik der USA bestimmen, wollen das zwischen 1997 und 2006 erarbeitete Project for the New American Century / PNAC (s.

http://de.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century) immer noch realisieren, obwohl den USA wegen ihrer kostspieligen Eroberungskriege im Mittleren Osten der totale wirtschaftliche Zusammenbruch droht (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP24511_231211.pdf). Mit einer wahnwitzigen, zum Scheitern verurteilten Umzingelungsstrategie möchten sie ihre Hauptkonkurrenten – das geschwächte Russland und das aufstrebende China – in die Enge treiben und hoffen, den "Endkampf" um die Weltherrschaft mit Unterstützung US-höriger Regierungen von NATO-Staaten und anderer US-Marionettenregime doch noch gewinnen zu können.

Russische Interkontinentalraketen, die bei einem US-Überraschungsangriff noch gestartet werden könnten, sollen mit einem "NATO-Raketenabwehrschild", der aber nur die USA schützen würde, über Europa abgefangen werden. Bushs Raketenabwehrschild sollte aus 10 verbunkerten Abwehrraketen auf einer einzigen Basis in Polen und Radarstationen in Großbritannien und in der Tschechischen Republik bestehen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP22208_151108.pdf). Obama, der zunächst so tat, als wolle er auf den Raketenabwehrschild verzichten, schob aber sehr bald einen modifizierten Plan nach. Der neue Plan sieht die Stationierung einer unbekanntenen Anzahl mobiler see- und landgestützter Abwehrraketen auf dem europäischen Festland, in der Ostsee, im Mittelmeer und im und am Persischen Golf und die Errichtung spezieller Radarstationen in Rumänien, in der Türkei und in weiteren Staaten vor (Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP18609_310809.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP03610_050210.pdf und <http://www.acus.org/files/ISP/Atlantic%20Council.Final.O%27Reilly.presentation.pdf>).

Da die USA und die NATO nicht bereit sind, auf den Raketenabwehrschild zu verzichten oder Russland wenigstens vertraglich vereinbarte Sicherheitsgarantien zu geben, hat der russische Präsident Medwedew bereits die Stationierung russischer Mittelstreckenraketen bei Kaliningrad und andere hauptsächlich gegen Westeuropa gerichtete Gegenmaßnahmen angekündigt (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22811_051211.pdf).

Damit befindet sich die Bundesrepublik Deutschland faktisch in der gleichen höchst gefährdeten Lage wie in den 1980er Jahren nach der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen, denn die strategisch äußerst wichtigen Kommandozentralen und Militärbasen der US-Stationierungstreitkräfte in unserem Land (Infos dazu s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf) wären im Kriegsfall auch heute wieder, was sie schon damals waren: Primärziele für einen russischen Vergeltungsschlag.

Diese neue Gefahr, die wieder vor allem die Europäer und insbesondere die Deutschen bedroht, wird von der Friedensbewegung bisher leider kaum thematisiert. Aus unerfindlichen Gründen scheuen ihre führenden Repräsentanten und zentralen Organisationen – wie sämtliche deutschen Parteien – davor zurück, sich mit dem Hauptkriegstreiber USA anzulegen und den aggressiven Konfrontationskurs Barack Obamas so klar und unmissverständlich zu verurteilen, wie sie die Aufrüstungspolitik und die Strategic Defense Initiative / SDI (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Defense_Initiative) Ronald Reagans in den 1980er Jahren verurteilt haben.

Das Friedenspolitische Aktionsprogramm 2012 des Kasseler Bundesausschusses Friedensratschlag (nachzulesen unter <http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/aktionsprogramm2012.html>) nennt 12 wichtige Schwerpunkte der friedenspolitischen Arbeit für das Jahr 2012, den überlebenswichtigsten Arbeitsschwerpunkt – die Auseinandersetzung mit der kriegstreiberischen Welteroberungspolitik der USA und der Rolle der Bundesrepublik im strategischen Gesamtkonzept der US-Militärplaner – sucht man allerdings vergebens darin.

Wer den Afghanistan-Krieg beenden, eine Militärintervention in Syrien und einen Krieg gegen den Iran verhindern will, muss sich auch mit den Zielen befassen, die vor allem die USA damit verfolgen.

Wer blauäugig die Anerkennung eines Palästinenser-Staates fordert, der nur aus den immer kleiner werdenden palästinensischen Inseln im Meer israelischer Siedlungen bestehen würde, muss auch die Rolle untersuchen, welche die Israel-Lobby in den USA bei der Finanzierung und Unterstützung der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik der israelischen Regierung spielt.

Es genügt nicht, nur den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel zu fordern, über 66 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges müssen unbedingt auch der Abzug aller ausländischen Truppen – vor allem der US-Stationierungsstreitkräfte – und die Schließung aller ausländischen Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland in den Forderungskatalog aufgenommen werden.

Warum wurde die unmissverständliche Forderung "Raus aus der NATO!" durch die wachsweiche, nichtssagende Formel "Die NATO delegitimieren" ersetzt? Die NATO hat keine eigenen "imperialen Interessen", sie dient nur als Instrument zur Durchsetzung der imperialen Ziele der USA.

Warum wird nicht darauf hingewiesen, dass eine "Interventionsarmee Bundeswehr" – wie ihre sämtlichen bisherigen Auslandseinsätze belegen – nur als Hilfstruppe der USA oder einer europäischen Militärunion Sinn macht und außerdem verfassungswidrig ist, weil der Bund nach Artikel 87a des Grundgesetzes nur "Streitkräfte zur Verteidigung" aufstellen darf? Wer deutsche Rüstungsexporte anprangert, sollte auch die Rüstungsfirmen nennen, die davon profitieren.

Wer den Demokratieabbau, die staatliche Förderung der Neonazis und die fortschreitende Militarisation der bundesrepublikanischen Gesellschaft beklagt, darf nicht übersehen, dass sich diese Entwicklung nach den immer noch nicht aufgeklärten Anschlägen am 11.09.2001 rasant verstärkt hat. Die Friedensbewegung sollte auch endlich selbst zur Kenntnis nehmen und die Bevölkerung darüber aufklären, dass sich die USA auf dem Weg in einen neuen Faschismus befinden, den wir keinesfalls mitgehen oder durch Verschweigen und Wegsehen unterstützen dürfen (Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP00312_030112.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP24111_191211.pdf).

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre konnte vor allem deshalb so viele Menschen mobilisieren, weil sie sich nicht scheute, die Bevölkerung über die drohende Gefahr aufzuklären und die USA als Hauptkriegstreiber anzuprangern, und weil viele lokale Friedensinitiativen vor den US-Kommandozentralen und US-Militärbasen in unserem Land friedlichen Widerstand leisteten, der dann in zentrale Massendemonstrationen mündete.

Wie bereits erwähnt, wird die mit dem so genannten "NATO-Raketenabwehrschild" heraufbeschworene akute Gefahr eines dritten und letzten atomaren Weltkriegs bisher kaum thematisiert. Die Menschen waren und sind durch die Kriege in Palästina, Jugoslawien, Afghanistan, im Irak und in Libyen, in denen die Kommandozentralen und Basen der USA und der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik immer eine wichtige Rolle gespielt haben, und durch die heraufziehenden Kriege in Syrien und im Iran zwar beunruhigt, sie fühlen sich aber noch nicht persönlich bedroht, obwohl sie allen Grund dazu hätten.

Der gegen die Bush-Regierung und den Irak-Krieg aufgeflamte kurze Widerstand, brach zusammen, als der falsche "Friedensengel" Obama (s. <http://www.luftpost-kl.de/luftpost-ar->

[chiv/LP_08/LP12100_010808.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12100_010808.pdf)) die politische Bühne betrat, obwohl er keines seiner Wahlversprechen gehalten, sondern den gefährlichen US-Konfrontationskurs nach innen und außen noch verschärft hat. Die europäische und die deutsche Friedensbewegung müssen endlich zur Kenntnis nehmen, was in den USA wirklich vorgeht und begreifen, dass die neokonservativen US-Kriegstreiber die Welt nicht erst seit dem 11.09. systematisch belogen, betrogen, getäuscht und in immer neue Konflikte gestürzt haben, weil sie sich mit allen Mitteln die Weltherrschaft verschaffen wollen. Die Friedensbewegung muss sich nicht nur dazu durchringen, eine neue unabhängige Untersuchung der ungeklärten Anschläge am 11.09.2001 in den USA und der "Terroranschläge" in europäischen Ländern zu fordern, sondern sich auch selbst mit den umfangreichen Veröffentlichungen befassen, in denen als "Verschwörungstheoretiker" diffamierte Wissenschaftler und Experten schon längst nachgewiesen haben, dass die offiziellen Darstellungen zu diesen Anschlägen einfach nicht stimmen können. (Viele Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP18010_100910.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP15111_110911.pdf .) Von dieser veränderten Ausgangsposition ausgehend, könnte die Friedensbewegung den Menschen auch ein realistischeres Bild von den schlimmen Zuständen in den USA, von der völkerrechtswidrigen Kriegspolitik der US-Regierungen und von den imperialistischen Zielen des US-Großkapitals vermitteln und sie erneut zu massenhaften öffentlichen Protesten motivieren.

Es gibt immer noch lokale Initiativen, die sich mit einzelnen Aspekten der US-Militärpräsenz in der Bundesrepublik befassen. In Kaiserslautern, Ansbach, Grafenwöhr und sonstigen US-Stationierungsorten setzen sich auch heute noch Menschen nicht nur gegen Fluglärm, Schadstoffbelastung und Umweltzerstörung zur Wehr; sie protestieren auch gegen die Nutzung der US-Militärbasen auf unserem Territorium zur Vorbereitung völkerrechtswidriger Angriffskriege, die nach Artikel 26 unseres Grundgesetzes verfassungswidrig und deshalb verboten und strafbewehrt sind (s. dazu auch <http://ramsteiner-appell.de/>). Ihre häufig angefeindete, unermüdliche Arbeit vor Ort wird von zentralen Friedensorganisationen kaum zu Kenntnis genommen, geschweige denn unterstützt. Die in den 1980er Jahren so erfolgreiche zentrale Unterstützung und Koordination der Arbeit lokaler Friedensinitiativen sollte schnellsten wiederbelebt werden, damit ihr Beispiel auch in anderen Regionen Schule macht und wieder mehr Menschen dazu bewegt, öffentlich zu protestieren und zu demonstrieren.

Ein Friedenspolitischer Ratschlag pro Jahr schafft noch keine Bewegung, vor allem dann nicht, wenn er sich hartnäckig weigert, den lokalen und zentralen Widerstand gegen das brandgefährliche verfassungswidrige Treiben der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Hauptaufgabe der Friedensbewegung zu machen. Die Menschen müssen begreifen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit ihren strategisch wichtigen US-Kommandozentralen und Militärbasen immer als Aufmarschgebiet, Etappe und Hauptdrehscheibe für alle völkerrechtswidrigen Angriffskriege im Mittleren Osten und in Afrika dient, die von den US-Streitkräften und ihren NATO-Hilfstruppen angezettelt werden – unabhängig davon, ob sich die Bundeswehr daran beteiligt oder nicht. Dann werden sie auch wieder bereit sein, in größerer Zahl gegen die neuen Kriege zu protestieren, die nicht nur Syrien und den Iran, sondern die ganze Welt ins Chaos stürzen würden. Wer wieder friedensbewegte Menschen in Massen auf die Straßen der Bundesrepublik Deutschland und Europas bringen will, muss die früher einmal bestehenden guten Kontakte zu Friedensorganisationen in unseren Nachbarländern und in den USA wiederbeleben, damit sich alle gemeinsam dem verhängnisvollen Konfrontationskurs der US-Regierung in den Weg stellen, der nicht nur Europa, sondern unseren Planeten Erde in eine radioaktiv verstrahlte, unbewohnbare Wüste zu verwandeln droht.